



Ute Kumpf

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundestagsfraktion
Sprecherin der AG "Bürgerschaftliches Engagement"

Deutscher Bundestag
11011 Berlin

☎ 030 - 227 – 73 729

☎ 030 - 227 – 76 144

✉ ute.kumpf@bundestag.de

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

☎ 0711 - 23 31 40

☎ 0711 - 23 50 99

✉ ute.kumpf@wk.bundestag.de

www.ute-kumpf.de

Berlin, 17. November 2009

Ku / df

Bildungsstreik

Liebe Studierende,

von heute an protestiert Ihr – wie vielen Studierende in ganz Deutschland – wieder gegen die miserablen Studien- und Lernbedingungen an den Stuttgarter Hochschulen und Schulen. Auf diesem Wege bekunde ich Euch meine uneingeschränkte Solidarität und sichere Euch meine Unterstützung bei Euren Anliegen zu.

Bildung ist ein Menschenrecht! Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das gilt unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Solange in unserem Bildungssystem Hürden bestehen, bleiben die Chancen ungerecht verteilt. Dies weiß ich aus eigener Erfahrung.

Deshalb teile ich Eure Forderungen nach sozialer Öffnung der Bildungseinrichtungen und die damit verbundene Abschaffung von Studiengebühren. Die SPD war immer gegen Studiengebühren und setzt diese Position in den von ihr regierten Ländern konsequent um. Ich selbst musste während meines Studiums Studiengebühren zahlen. Ich weiß daher, welches Hindernis sie bei der Entscheidung für oder gegen ein Studium darstellen. Bei meinen Gesprächen mit Schülerinnen, Schülern und Eltern erlebe ich regelmäßig, dass Studiengebühren ein Angstfaktor sind und damit eine soziale Barrikade für junge Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Elternhäusern beim Hochschulzugang. Dies gilt insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund.

Deutschland braucht aber mehr Studierende und mehr hochqualifizierte Fachkräfte. Das ist wissenschaftlich belegt und gesellschaftspolitischer Konsens. Deswegen muss auch in Baden-Württemberg wieder gelten: Das Erststudium ist kostenfrei! Bildung ist eine zentrale Investition in die Zukunft, muss allen offenstehen und von der Kita bis zur Hochschule kostenfrei sein!



Deshalb muss insgesamt mehr Geld ins Bildungssystem. Derzeit leiden die Hochschulen in Stuttgart unter einer dramatischen Unterfinanzierung, die letztendlich dazu führt, dass die Landesregierung ihre Zusage bricht und für die Grundfinanzierung Mittel aus den Studiengebühren verwendet. Dies kann nicht sein! Mit einem Bildungssoli auf sehr hohe Einkommen will die SPD für eine solidarische Finanzierung des Bildungssystems sorgen.

Zur finanziellen Absicherung von Studierenden ist BAföG ein wichtiges Instrument, das weiter ausgebaut werden muss. Ich selbst konnte von der Bildungspolitik der SPD in den 70er Jahren profitieren. Entscheidend ist aus unserer Sicht die Weiterentwicklung der staatlichen Studienfinanzierung mit klaren Rechtsansprüchen, wie sie das BAföG gewährleistet. Das geplante Stipendienmodell von Schwarz-Gelb wirkt dagegen als Ausleseinstrument: soziale Ungleichheiten werden verstärkt, bestimmte Studienfächer benachteiligt und regionale Disparitäten verschärft.

Aus eigener Erfahrung als Mutter einer studierenden Tochter weiß ich, wie stark der Leistungsdruck durch die Umstellung auf das Bachelor-/Master-System gestiegen ist. Die zunehmende Verschulung führt dazu, dass freies Studieren auf der Strecke bleibt und die Studierenden von Prüfung zu Prüfung gehetzt werden. Ich sehe daher die Notwendigkeit, den Bologna-Prozess unter dem Gesichtspunkt „Qualität vor Tempo“ zu verändern. Die Kulturministerkonferenz muss ihre Hausaufgaben machen und eine grundlegende Überarbeitung der Studiengänge anstoßen. Wir brauchen eine umfassende Reform, die die Qualität des Studiums und der Lehre nachhaltig verbessert.

Dabei muss die bessere Beteiligung der Studierendenschaft gewährleistet sein. Wir brauchen dazu wieder eine Verfasste Studierendenschaft, die stärkere Einflussmöglichkeiten in den Hochschulgremien erhält, um ihre Belange mitzugestalten. Eine Demokratisierung der Hochschulen ist unverzichtbare Bedingung dafür, den Interessen der Studierenden mehr Gehör und Geltung zu verschaffen. Die aktuellen Protestaktionen können der Auftakt dafür werden.

Ich wünsche Euch eine erfolgreiche Streikwoche, die Euch nicht nur nachhaltig Aufmerksamkeit für Eure Anliegen beschert, sondern die Landesregierung zum Umdenken bringt.

Solidarische Grüße